

NIEDERSCHRIFT

über die **12.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **13.09.2012**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:50 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Volker Bäumken
2. Herr Karl-Heinz Ehms
3. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Norbert Kallen
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
7. Frau Dr. Daniela Leyhausen
8. Frau Ursel Meis
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Frau Maria Widdekind
12. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

13. Herr Denis Arndt
14. Herr Udo Bartsch
15. Herr Udo Bernards
16. Frau Margot Dubbel bis 20.00 Uhr
17. Herr Rainer Schmitz
18. Frau Gertrud Servos
19. Frau Helga Weiss ab 20.00 Uhr für Dubbel

• FDP-Fraktion

20. Herr Karlheinz Meyer
21. Frau Christa Quellmann

22. Herr Dirk Rosellen

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

23. Herr Manfred Haag

24. Herr Martin Kresse

25. Frau Angela Stein-Ulrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

26. Frau Margit Kalthoff

27. Herr Carsten Thiel

bis 19.00 Uhr

• **Unabhängige Linke Liste**

28. Herr Oliver Reising

• **beratende Mitglieder**

29. Herr Karl Boland

30. Herr Karl-Heinz Brandofsky

31. Herr Norbert Kallen

32. Herr Dr. Josef Merten

ab 17.20 Uhr

33. Herr Bülent Öztas

bis 20.00 Uhr

• **stellvertretende beratende Mitglieder**

34. Herr Christoph Havers

35. Herr Hans-Werner Reisdorf

• **Verwaltung**

36. Frau Dr. Maria Eisenhuth

37. Herr Siegfried Henkel

38. Frau Dr. Beate Klapdor-Volmar

39. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

40. Herr Martin Meisel

41. Herr Marcus Mertens

42. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

43. Frau Christiane Weber

44. Frau Ulrike Weyerstraß

• **Schriftführerin**

45. Frau Birgit Rothe

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		5
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und Beschlussfähigkeit	5
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Grundsicherung für Arbeitssuchende	5
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1984/XV/2012.....	5
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1985/XV/2012.....	5
3.	Vortrag Prokita / DoppeltGesund Vorlage: 53/1982/XV/2012.....	6
4.	Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes einschl. Schulsozialarbeit Vorlage: 50/1987/XV/2012	6
5.	Haushalt 2012 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Vorlage: 50/1988/XV/2012.....	8
6.	Leistungsvereinbarungen mit der freien Wohlfahrtspflege Vorlage: 50/1996/XV/2012	8
7.	Sozioökonomisches Monitoring Vorlage: 50/1986/XV/2012	9
8.	Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention Vorlage: 50/2000/XV/2012	9
9.	Überörtliche Prüfung des Rhein-Kreises Neuss durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW für die Haushaltsjahre 2007 bis 2009	10
9.1.	Handlungsempfehlungen Soziales Vorlage: 50/1997/XV/2012	11
9.2.	Handlungsempfehlungen Gesundheit.....	11
10.	Einrichtung eines "Kommunalen Integrationszentrums" Vorlage: 50/1995/XV/2012	12
11.	Fortschreibung "Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel" Vorlage: 50/1983/XV/2012	13
12.	Modellprojekt: Präventive Hausbesuche (präventive HB) Vorlage: 53/1980/XV/2012	14
13.	Mitteilungen	15
13.1.	Situation multiresistenter Staphylokokken (MRSA) im Rhein-Kreis Neuss.....	15
13.2.	Kommunale Beschäftigungsförderung Vorlage: 50/1999/XV/2012	15
13.3.	Sturzprophylaxe	16

13.4. Projekt ProJugend.....	16
13.5. Auskunft zum Kindergartenbesuch Vorlage: 53/1978/XV/2012	17
14. Anfragen	17

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss beschlussfähig sei.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Grundsi- cherung für Arbeitssuchende

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/1984/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass sich die Erhöhung der Berechnungsgrundlage für angemessenen Wohnraum um 5 qm auf den Haushaltsansatz auswirken werde. Eine Kalkulation sei schwierig, zurzeit gehe man von zusätzlichen Kosten in Höhe von 1,5 Mio € aus. Aufgrund der bislang günstigen Entwicklung der KdU in 2012 gehe man letztlich von einer Überschreitung des Ansatzes um 500.000 € aus.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/1985/XV/2012

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

3. Vortrag Prokita / DoppeltGesund Vorlage: 53/1982/XV/2012

Protokoll:

Dezernent Mankowsky lobte die Allianz mit den Kindertagesstätten in diesem Projekt. In den 37 mitwirkenden Kindertagesstätten würden die Untersuchungen, welche sonst erst bei Schuleingang vorgenommen würden, um 2 Jahre vorgezogen. Die Erfolge solcher prophylaktisch wirkenden Projekte seien zwar immer schwer nachzuweisen, hier könne man jedoch entsprechende Daten vorweisen.

Der Vortrag von Frau Dr. Klapdor-Volmar ist als Anlage beigefügt.

Nach dem Vortrag appellierte Kreistagsmitglied Servos, bei solch sinnvollen Projekten nicht nachzulassen.

Kreistagsmitglied Widdekind sah die Ergebnisse als ermutigend an. Auch seitens der Kreistagsmitglieder Rosellen, Carsten Thiel und Kresse wurde der Erfolg des Projektes hervorgehoben.

Zwischen den Fraktionen wurde die Fortführung der Förderung diskutiert. Seitens der Fraktionen von CDU und FDP wurde eine Entscheidung im Rahmen der Haushaltsberatungen präferiert, seitens der Fraktion SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der UWG wurde eine sofortige Verlängerung des Projektzeitraumes, welcher bisher bis zum 31.12.2013 festgelegt war, als sinnvoll angesehen, um die nötige Planungssicherheit zu schaffen.

Kreistagsmitglied Wienands sah es auch im Hinblick auf die Planungssicherheit für das Konzept als ausreichend an, wenn die Frage zunächst in den Haushaltsberatungen der Fraktionen erörtert werde.

Es erfolgte abschließend eine Verständigung darauf, dass eine Entscheidung bezüglich der Fortführung in der ersten Jahreshälfte 2013 getroffen werden solle.

SozGe/20120913/Ö3

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die aufgeführten Erläuterungen zustimmend zur Kenntnis.

Bis zum 30.06.2013 wird eine abschließende Entscheidung über die Fortführung der Arbeit auf Grundlage der bis dahin gewonnenen Erkenntnisse getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Enthaltung einstimmig.

4. Sachstand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes einschl. Schulsozialarbeit Vorlage: 50/1987/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz konnte mitteilen, dass bis zum 31.08.2012 von 16.340

antragsberechtigten Kindern 61 % einen oder mehrere Anträge auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gestellt hätten. Dem selbst auferlegten Ziel in 2012 insgesamt 2/3 aller Kinder zu erreichen, komme man damit schon sehr nahe. Erfreulicherweise sei auch die Zahl der nicht erledigten Anträge zurückgegangen. Mit den Kooperationsvereinbarungen mit dem Kreissportbund und dem Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Neuss habe man wichtige Partner als Multiplikatoren gewonnen.

Zudem stellte er die Bedeutung der Arbeit der Schulsozialarbeiter heraus.

Sozialamtsleiter Henkel informierte, dass die Zugangskriterien zur Lernförderung durch das MAIS großzügig geöffnet worden seien. Konnte bislang nur bei Versetzunggefährdung Lernförderung gewährt werden, so sei dies nun z.B. auch zur Erreichung eines höheren Lernniveaus möglich.

Er freute sich zudem mitteilen zu können, dass das MAIS den Rhein-Kreis Neuss als gutes Beispiel für eine erfolgreiche und unbürokratische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes weiterempfiehlt.

Kreistagsabgeordneter Kresse lobte die Arbeit der beteiligten Akteure. Schade sei, dass immer noch 40 % der Kinder nicht vom Bildungs- und Teilhabepaket profitieren. Dies sehe er jedoch als bundespolitisches und nicht als kommunales Problem an.

Er fragte, ab wann Kinder antragsberechtigt seien. Weiterhin bat er um Auskunft, in welcher Höhe Mittel für das BuT zur Verfügung stehen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel begrüßte die Öffnung der Lernförderung besonders im Hinblick auf den Grundschulbereich.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass Jugendliche ab 15 Jahren selber Anträge stellen könnten.

Anmerkung: Die Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse im Bereich BuT werden im nächsten BuT-Bericht dargestellt und mit der Einladung für den nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgelegt.

Kreistagsabgeordnete Servos würde es begrüßen, wenn statistische Aussagen zu der Art der in Anspruch genommenen Teilhabeleistungen getroffen werden könnten. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass eine solch detaillierte Auswertung nicht möglich sei. Er bat um Verständnis, dass den Sachbearbeitern, welche sich eigentlich vorrangig um die Leistungsberechtigten kümmern sollten, nicht noch weitere Statistikk Führungen zugemutet werden könnten. Diese seien bislang schon sehr umfangreich. Im Bereich BuT wolle man sich an die statistischen Anforderungen des Landes halten, welche eine weitere Unterteilung innerhalb einer Leistungsart nicht vorsehe.

Kreistagsabgeordneter Kresse fragte nach dem Grund für die Sprünge in den Ausgaben.

Anmerkung: Hintergrund ist, dass die Caterer für Mittagsverpflegung die Sommerferien für die Endabrechnung nutzen. Hierauf ist der sprunghafte Anstieg der Ausgaben im Juni und Juli zurückzuführen.

5. Haushalt 2012 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege
Vorlage: 50/1988/XV/2012

Protokoll:

Vorsitzender Dr. Klose verwies auf die komprimierte aber ergiebige Vorlage der Verwaltung.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies ergänzend auf die als Tischvorlage vorgelegten Berichte zur Integrationsarbeit und zur Schuldnerberatung hin.

Kreistagsabgeordneter Bartsch bat, dass in einer der nächsten Sitzungen über die Entwicklung der im letzten Jahr neu eingerichteten Wohnberatungsagentur berichtet wird.

SozGe/20120913/Ö5

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege u.a. aus den einzelnen Budgets zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen wurde der Beschluss einstimmig angenommen.

Die Kreistagsmitglieder Servos und Kalen wirkten bei der Beratung und Beschlussfassung nicht mit.

6. Leistungsvereinbarungen mit der freien Wohlfahrtspflege
Vorlage: 50/1996/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz berichtete, dass Leistungsvereinbarungen in den Bereichen Schuldnerberatung, Suchtberatung und Psychosozialer Betreuung abgeschlossen worden seien. Im November werde noch eine Vereinbarung zur Wohnungslosenhilfe und zur Institutionellen Förderung geschlossen. Wunsch sowohl der Verbände als auch der Verwaltung sei es, Leistungsvereinbarungen für 3 Jahre abzuschließen, welche eine Planungssicherheit auf beiden Seiten zur Folge hätte. Er betonte, dass man sich hier in einem Pflichtbereich bewege, man also nicht von freiwilligen Leistungen spreche.

Kreistagsabgeordneter Haag bat um Vorlage einer Mustervereinbarung.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die bereits vorgelegte Mustervereinbarung zur Schuldnerberatung und sagte zu, dem Ausschuss auch die künftigen Leistungsvereinbarungen vorzulegen.

SozGe/20120913/Ö6

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss spricht sich für den Abschluss weiterer Leistungsvereinbarungen aus und empfiehlt regelmäßig eine Laufzeit von drei Jahren. Die mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen sollen dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen einstimmig.

7. Sozioökonomisches Monitoring**Vorlage: 50/1986/XV/2012****Protokoll:**

Vorsitzender Dr. Klose begrüßte Herrn Prof. Dr. Hamm von der Hochschule Niederrhein.

Sein Vortrag zum sozioökonomischen Monitoring ist als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel zu den Datenquellen erläuterte er, dass Prognosen der Bertelsmannstiftung „Wegweiser Kommunen“ zu Grunde gelegt werden. Diese stellt deutschlandweit Prognosen für alle Gebietskörperschaften zur Verfügung, welche nach einem einheitlichen Verfahren berechnet seien. Er stimme Herrn Thiel zu, dass sowohl das Erstellen als auch das Vergleichen von Prognosen schwierig sei.

8. Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention**Vorlage: 50/2000/XV/2012****Protokoll:**

Dem Tagesordnungspunkt lag der Antrag der Kreistagsfraktion SPD vom 27.08.2012 zugrunde.

Kreistagsmitglied Servos ging davon aus, dass der Antrag selbsterklärend sei. Es sei Wunsch ihrer Fraktion, dass der Kreistag Themen aus dem Aktionsplan der Landesregierung zur UN- Behindertenkonvention aufnehme und in den verschiedenen Ausschüssen behandle.

Für Kreistagsmitglied Meis war der Antrag zu ungenau formuliert, da keine konkreten Vorschläge zur Umsetzung gemacht worden seien.

Dem schloss sich auch Kreistagsmitglied Kallen an. Es sei nicht leistbar, ein 257 Seiten starkes Papier in diesem Ausschuss auszuwerten. Er erwarte hier im Gegensatz zu der Antragsformulierung konkrete Impulse.

Es folgte eine Diskussion über die Möglichkeiten und Zuständigkeiten, aus dem Aktionsplan weitere Anregungen für Themen des Kreistags zu gewinnen.

So wünschten die Kreistagsmitglieder Kresse und Haag auch eine entsprechende Unterstützung durch die Verwaltung.

Kreistagsmitglied Servos wies darauf hin, dass das Thema Inklusion noch lange Zeit für die Umsetzung benötigen werde. Idee des Antrages sei es gewesen, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, so dass jeder hier entsprechende Anregungen geben und Impulse setzen könne.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz bestätigte dies. Inklusion sei unzweifelhaft ein wichti-

ges Thema und eine große Herausforderung nicht nur für die Gegenwart sondern auch für die Zukunft. Im Rhein- Kreis Neuss sei es jedoch kein neues Thema. Verwaltung und Politik würden sich seit Jahren damit beschäftigen. Verschiedene Anträge aus verschiedenen Fraktionen seien bereits hierzu behandelt worden. Er verwies hier insbesondere auf die Einrichtung des Arbeitskreises Inklusion. Er sehe den Rhein- Kreis Neuss hier insgesamt auf einem guten Weg.

Vorsitzender Dr. Klose bat ebenfalls, den Antrag weiter zu konkretisieren. Er sehe es als Aufgabe der Politik an, hier Schwerpunkte zu setzen.

Frau Servos sagte Konkretisierung zu. Die Diskussion habe gezeigt, dass es hier verschiedene Sichtweisen zur Herangehensweise gäbe.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz zitierte die Beschlussfassung des Kreistages am 19.06.2012, wonach der Kreistag die Verwaltung einstimmig beauftragte, „aufbauend auf dem Eckpunktepapier des Deutschen Vereins für einen Inklusiven Sozialraum, die Inklusion im Rhein-Kreis Neuss mit Hilfe des installierten Arbeitskreises Inklusion weiter vorzubereiten, um nach Verabschiedung des Aktionsplans durch die Landesregierung die Errichtung eines inklusiven Sozialraums im Rhein-Kreis Neuss umzusetzen“.

Vorsitzender Dr. Klose schlug vor, festzuhalten, dass der Antrag zur Kenntnis genommen wurde und bei Bedarf weiter konkretisiert werde.
Einwände wurden nicht erhoben.

9. Überörtliche Prüfung des Rhein-Kreises Neuss durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW für die Haushaltsjahre 2007 bis 2009

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die Beschlussfassung im Kreistag, wonach die Handlungsempfehlungen des Gemeindeprüfungsamtes auch noch einmal den jeweils zuständigen Ausschüssen zur Kenntnis gegeben werden sollten. Die Konsequenzen seien im Bericht dargestellt oder begründet, wenn Empfehlungen nicht umgesetzt wurden.

Kreistagsabgeordneter Haag empfand die Antworten der Verwaltung zu einzelnen Handlungsempfehlungen als dürftig.

Es würden Zielwerte und Zeitpunkte für die Umsetzung fehlen.

Zur Sozialplanung auf Seite 14 genüge ihm der Hinweis auf den „Silbernen Plan“ und die Inklusion nicht. Bei dem Thema „Verschlankung der Verwaltung“ im Bereich des Gesundheitsamtes würde seiner Meinung nach fehlerhaft nur auf die Produktgruppenstruktur eingegangen.

9.1. Handlungsempfehlungen Soziales

Vorlage: 50/1997/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies zur Kritik an den Zielwerten auf das Beispiel des Bildungs- und Teilhabepaketes. Es werden in erheblichem Umfang Kennzahlen erhoben. Der Zielwert „Erreichen von 2/3 der Kinder in 2012“ sei z.B. klar formuliert.

Das Formulieren und Erreichen von Zielwerten stünde jedoch immer im Spannungsfeld der Personalbemessung. Hier sei es klare Vorstellung der Verwaltung, dass sich die Leistungssachbearbeiter im Jobcenter und in der Kreisverwaltung vorrangig um die Leistungsberechtigten kümmern sollen und nicht damit, Statistiken zu pflegen. Er gehe davon aus, dass man hier derzeit ein ausgewogenes Verhältnis wahren würde. Konkrete Vorschläge könnten aber diskutiert werden.

Bezüglich der Sozialplanung verwies er auf das sozioökonomische Monitoring mit dessen zahlreichen Themenbereichen.

9.2. Handlungsempfehlungen Gesundheit

Protokoll:

Der ca 300 Seiten starke Bericht sei zusammengefasst worden, so Dezernent Mankowsky. So habe das Gemeindeprüfungsamt auch die Produktgruppenstruktur im Gesundheitsamt mit 7 Produktgruppen angesprochen.

Das Gesundheitsamt des Rhein- Kreises Neuss schneide in landesweiten Leistungsvergleichen gut ab. Dies sei letztlich auch auf die Struktur der Verwaltung zurückzuführen. So übernehmen die Produktgruppenleiter nicht nur Führungsaufgaben sondern auch Sachbearbeitung. Dies würde nicht überall so gehandhabt, man habe aber hiermit gute Erfahrungen gemacht und wolle daher hieran festhalten.

Auf ergänzende Nachfrage von Kreistagsmitglied Haag erklärte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass die Umsetzung der Handlungsempfehlungen sofort erfolge.

Kreistagsmitglied Servos fragte zum Prüfpunkt „Sozialpsychiatrischer Dienst“, ob unter „Konsolidierungsmaßnahmen hinsichtlich der Transferaufwendungen“ gemeint sei, dass die Verpflichtung anderer Kostenträger geprüft werde.

Dezernent Mankowsky verwies auf den Tagesordnungspunkt 6. Durch Leistungsvereinbarungen sollen die Transferleistungen an die Leistungsträger nachvollziehbar gestaltet werden.

SozGe/20120913/Ö9.2

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

10. Einrichtung eines "Kommunalen Integrationszentrums"

Vorlage: 50/1995/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf das Teilhabe- und Integrationsgesetz, welches das Land NRW verabschiedet habe. Mit dem Auslaufen der RAA zum 31.07.2012 sei der Rhein- Kreis Neuss, wenn er diese Struktur erhalten möchte, in der Verpflichtung, einen entsprechenden Antrag auf Errichtung eines kommunalen Integrationszentrums zu stellen.

Er verwies auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Errichtung eines kommunalen Integrationszentrums, bei welchen man sich seitens der Verwaltung noch zurückhaltend gezeigt habe, da zum damaligen Zeitpunkt die entsprechenden Förderbestimmungen noch nicht bekannt gewesen seien und man die Städte und Gemeinden noch nicht in das Thema eingebunden habe. Vorgabe der jetzigen Förderbestimmungen sei es, das Benehmen mit den Städten und Gemeinden herzustellen. Entsprechende Gespräche seien zwischenzeitlich auf Sozialdezernentenebene und in der Bürgermeisterkonferenz geführt worden. Das Einverständnis zur Mitwirkung sei hier von allen Städten und Gemeinden gegeben worden. Man gehe davon aus, dass man ein externes Unternehmen brauche, um das Konzept zu erstellen. Zurzeit würden Gespräche mit entsprechenden Anbietern für die Konzepterstellung geführt.

Kreistagsabgeordneter Schmitz verwies auf die Anträge der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne zum kommunalen Integrationszentrum, welche jedoch abgelehnt worden seien.

Kreistagsmitglied Rosellen verwies auf die landesrechtlichen Vorgaben, welche zum Zeitpunkt der genannten Anträge noch nicht vorlagen. Eine grundsätzliche Ablehnung habe es nicht gegeben. Da jetzt die entsprechenden Vorgaben vorliegen würden, sei nun auch eine Entscheidung möglich. Kreistagsmitglied Widdekind bestätigte die Ausführungen.

Kreistagsmitglied Servos fehlt unter Hinweis auf die Beschlussempfehlung, die Darstellung der Rahmenbedingungen, insbesondere zur Einbindung der Politik und der Menschen mit Migrationshintergrund.

Kreistagsmitglied Schmitz fragte nach den Zeitvorgaben für die Konzepterstellung.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die bereits erfolgte Bestandsaufnahme, welche hilfreich für die Konzepterstellung sein werde. Der Zeitplan sehe eine kurzfristige Auftragsvergabe vor. Der Konzeptentwurf solle in den nächsten Wochen erstellt und in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im November vorgelegt werden. Bis Anfang des kommenden Jahres solle dann hieraus der Förderantrag entwickelt werden, welcher dann im ersten Quartal 2013 dem Land zur Entscheidung vorgelegt werde.

Es sei selbstverständlich, dass die von Frau Servos angesprochenen Beteiligten, wie z.B. Migrationsverbände und die Politik, eingebunden würden.

SozGe/20120913/Ö10

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss befürwortet die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums beim Rhein-Kreis Neuss und beauftragt die Verwaltung, ein Integrationskonzept in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu erarbeiten und die Antragstellung zur Förderung eines Kommunalen Integrationszentrums vorzubereiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Beratung und Konzeptionierung eines Kommunalen Integrationszentrums - einschließlich der Erstellung eines Integrationskonzeptes - ein externes Unternehmen zu beauftragen.

Mittel stehen im Produkt 050.351.012, Sachkonto 5279102 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11. Fortschreibung "Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel" Vorlage: 50/1983/XV/2012

Protokoll:

Vorsitzender Dr. Klose erinnerte an das Vorhaben, den Grundsicherungsrelevanten Mietspiegel nach einem Jahr zu überprüfen. Zwischenzeitlich habe es hierzu weitere Rechtsprechung durch das Bundessozialgericht gegeben.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies nochmals auf das Urteil des Bundessozialgerichts, wonach 5 qm mehr bei der Berechnung von angemessenem Wohnraum zu berücksichtigen seien. Hierdurch sei nach den Gesprächen mit den Städten und Gemeinden der Druck zur Überprüfung der Werte genommen. Mit der Firma Analyse & Konzepte habe man auch unter Einbindung der Wohnungsbauverbände die Kriterien für die Konzepterstellung festgelegt. So würden z.B. 7 Cluster gebildet, d.h. jede Stadt stelle ein eigenes Cluster dar, die Gemeinden Jüchen und Rommerskirchen würden zusammengefasst. Stichtag für die Erhebung soll der 01.01.2013 sein. Ziel sei, die Koordination mit den Beteiligten so vorzunehmen, dass die neuen Werte Mitte 2013 in Kraft treten könnten.

Kreistagsabgeordneter Kresse sah nach wie vor Handlungsbedarf im Bereich der psychosozialen Betreuung. Hier hätten es Betroffene nach wie vor schwer, in geeignete Wohnformen zu wechseln.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erkannte einen akuten Handlungsbedarf aufgrund der geführten Statistiken derzeit nicht. Über besondere Personengruppen müsse man sich gegebenenfalls gesondert unterhalten.

Kreistagsabgeordneter Bartsch sah die Neuerhebung als richtigen Schritt an. Er sah es als sinnvoll an, dass zum Abgleich mit Angebotsmieten nicht nur veröffentlichte Angebote herangezogen würden, sondern auch die internen Listen der Wohnungsbauunternehmen. Weiterhin sah er es als kritisch an, dass Bestandmieten aus sehr alten Verträgen erhoben würden. Er begrüßte die Ausweitung auf 7 Cluster.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Einbeziehung der Angebote der Wohnungsbauunternehmen bereits einvernehmlich abgestimmt worden sei. Den Verweis auf Neuvertragsmieten der letzten 4 Jahre könne man aber voraussichtlich in

dieser Auslegung nicht folgen, da hiermit nicht die für die Erhebung notwendige Anzahl an Bestandsmieten erreicht würde. Man würde jedoch nur die Bestandsmieten heranziehen, die in den letzten 4 Jahren angepasst wurden. Hierunter fielen auch Mieten, bei welchen das Mietverhältnis bereits seit vielen Jahren bestehe.

Er machte weiterhin deutlich, dass die Neuerhebung nicht auf Grund der Kritik am Grundsicherungsrelevanten Mietspiegel zustande komme, sondern Resultat der bereits damals formulierten, selbst aufgelegten Verpflichtung zur Überprüfung im 2- Jahres Rhythmus sei.

Vorsitzender Dr. Klose wies an dieser Stelle darauf hin, dass die betroffenen Personen unbedingt über die Ausnahmetatbestände in Zusammenhang mit einer Kostensenkung informiert werden müssten.

Kreistagsabgeordneter Arndt betonte, dass die SPD-Fraktion in der heutigen Beschlussfassung entsprechend dem Wortlaut der Beschlussempfehlung nur der Auftragsvergabe als solche, nicht den einzelnen Parametern der Erhebung zustimme.

SozGe/20120913/Ö11

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Auftragsvergabe zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12. Modellprojekt: Präventive Hausbesuche (präv.HB)

Vorlage: 53/1980/XV/2012

Protokoll:

Dezernent Mankowsky fasste die Intention des Projektes, nämlich unnötige Heimunterbringungen zu vermeiden, zusammen. In anderen Ländern habe diese Form der Hausbesuche bereits Tradition.

Die präventiven Hausbesuche sollten in den Grevenbroicher Stadtteilen Neurath und Frimmersdorf sowie in Neuss-Erfttal als Pilotprojekt starten.

Er kündigte an, dass zu den Haushaltsberatungen der Finanzierungsstand dargelegt werden könne, um das Projekt dann entsprechend auf die Wunschliste für den Haushalt 2013 zu setzen.

Kreistagsmitglied Widdekind sah aufgrund der Vorlage noch Beratungsbedarf für ihre Fraktion.

In dem nachfolgenden Austausch sprach Vorsitzender Dr. Klose einen Brief der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände an, in welchem zu dem Projekt Stellung genommen werde.

Auf Wunsch der Kreistagsabgeordneten Haag und Kresse sind der Brief sowie die darauf erfolgte Antwort der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beratendes Mitglied Gellrich schlug vor, die Beratung über das Projekt in das Gremium „Silberner Plan“ zu verlegen.

Dezernent Mankowsky wies zur Klarstellung darauf hin, dass die Beratungen aus-

schließlich auf freiwilliger Basis stattfinden würden. Er stellte weiterhin klar, dass das Projekt auf den vorhandenen Strukturen aufbaue und keine neuen Strukturen geschaffen werden sollten. Selbstverständlich fände hier auch ein enger Austausch mit dem Kreissozialamt statt.

SozGe/20120913/Ö12

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13. Mitteilungen

13.1. Situation multiresistenter Staphylokokken (MRSA) im Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Dezernent Mankowsky verwies auf die Tischvorlage. Es handele sich um einen Zwischenbericht.

Auf Nachfrage von Vorsitzenden Dr. Klose erläuterte Herr Graw, dass alle Krankenhäuser im Rhein- Kreis Neuss an dem Netzwerk beteiligt seien.

Sachkundiger Bürger Dr. Merten wunderte sich, dass sich die Krankenkassen bislang kaum mit dem Thema befassen würden.

Kreistagsmitglied Prof. Dr. Goder sah den Rhein- Kreis Neuss als vorbildhaft bei der Bekämpfung von MRSA sowohl in Bezug auf die Kliniken als auch in Bezug auf die niedergelassenen Ärzte an.

13.2. Kommunale Beschäftigungsförderung Vorlage: 50/1999/XV/2012

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz freute sich, dass mit den im Haushalt für Beschäftigungsmaßnahmen bereitgestellten Geldern in Höhe von 200.000,- € Maßnahmen gefördert würden, für welche weitere Zuschussgeber insgesamt 650.000 € bereit gestellt hätten. Hervorzuheben sei so z.B., dass hierdurch höchstwahrscheinlich die Radstationen im Rhein- Kreis Neuss erhalten werden könnten.

Kreistagsmitglied Haag fragte nach, warum das Projekt „Kompetenzzentrum Frau und

Beruf“ im Rhein- Kreis Neuss bzw. in der hiesigen Region nicht umgesetzt würde.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass man in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten im Rhein- Kreis Neuss dem Projektauftrag gefolgt sei und einen Antrag auf Förderung gestellt habe. Das Land habe aber dem Antrag des Rhein- Kreises Neuss nicht zugestimmt. Zudem gäbe es andere Akteure in der Region, welche hierfür keine Notwendigkeit sehen und das Projekt nicht unterstützen würden.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Servos erläuterte Sozialamtsleiter Henkel, dass es sich bei dem Projekt „Betreutes Wohnen zu Hause“ um ein Beschäftigungsförderungsprojekt handle. Das Land habe ein Landesprogramm zur Förderung öffentlich geförderter Beschäftigung aufgelegt, an welchem man sich beteiligen wolle. In dem Programm sollten SGB II- Empfänger so qualifiziert werden, dass sie in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit übernommen werden können. Diese sollen in Seniorenhaushalten Serviceangebote ähnlich denen von Einrichtungen mit betreutem Wohnen machen. Hierbei seien keine Dienstleistungen wie Putzen oder Waschen gemeint, sondern in Form von Betreuung, Zuwendung, Besuche und Sicherheit.

Das Projekt befinde sich im Antragsstadium und diene letztlich auch dazu, dem Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ gerecht zu werden und entsprechend Heimunterbringung zu vermeiden. Von daher bestehe eine Schnittmenge zu dem Projekt des Gesundheitsamtes, so dass man im engen Austausch miteinander sei. Er ergänzte auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Bartsch, dass hier die Beschäftigungsförderungsgesellschaft Rhein- Kreis Neuss Träger des Projektes sei und die Maßnahme ein weiteres Betätigungsfeld der „dienstbar“ werden solle.

13.3. Sturzprophylaxe

Protokoll:

Dezernent Mankowsky wies ergänzend zur Tischvorlage darauf hin, dass das Projekt „Sturzprophylaxe“ in die 3. Runde gehe. Er freue sich, dass die Deutsche Bank das Projekt als Sponsor auch weiterhin unterstütze.

13.4. Projekt ProJugend

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

13.5. Auskunft zum Kindergartenbesuch
Vorlage: 53/1978/XV/2012

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

14. Anfragen

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:50 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Birgit Rothe
Schriftführung

